

AUFBRUCH

Grundsatzprogramm

Stand September 2021

Die Partei - und ihre politischen Inhalte

I. Wer wir sind – wofür wir stehen (Schlagworte)

II. Grundsätzliche Ausrichtung

Thematische Inhalte unseres Handelns

1. Jugend – die nächsten Generationen

2. Familien - das Fundament unserer Gesellschaft

3. Der Kreis Lippe - Anfang und Zukunft

4. Arbeit - Wirtschaft bildet die Grundlage für Perspektiven

5. Soziales und Ehrenamt - Gerechtigkeit und Gemeinsamkeit

6. Leben und Gesundheit - Pflichten des Sozialstaates

7. Energie und Klima - den Wandel mitgestalten

8. Mobilität und Verkehr - es ist wichtig, alle Menschen mitzunehmen

9. Steuern - ein Dickicht mit Schwächen

10. Unser Staat - wie wir ihn sehen

11. Technologie und Forschung - Zukunft durch Bildung

III. Wer wir sind – wofür wir stehen (ausführlich)

I. Wer wir sind - wofür wir stehen (Schlagworte)

-Wir haben eine **Wertevorstellung**

Unser jetziges Team versucht nach besten Kräften und im besten Sinne, christlich orientierte Werte zu leben und dieses Verständnis auch in die politische Arbeit zu tragen. Wir können das, was uns wichtig ist, für die Gesellschaft und unsere Mitmenschen heute schon politisch formulieren. In Kommunen, im Kreis Lippe. Und vielleicht auch zukünftig im Land!

-Wir sind **ehrllich**

Wir können nicht alles, aber wir geben immer unser Bestes. Ein Versprechen!

-Wir sind überzeugte **Demokraten**

Radikale Positionen weit links oder ganz rechts sind nicht unsere Welt. Wir sind überzeugt: die politische Mitte ist alles andere als langweilig!

-Wir suchen das **Gespräch**

Kommunikationsverweigerer oder voreingenommene Menschen, die keine Argumente austauschen wollen, bringen uns als Gesellschaft nicht weiter. Wir stimmen für den Dialog!

-**Respekt** ist ein wichtiges Wort für unsere Partei

Zu unserem Werteverständnis gehört auch, Menschen, die anders fühlen, andere Überzeugungen oder einen anderen Glauben haben, zu respektieren. Unsere Werte geben wir nie auf. Aber aus dem gebotenen Respekt heraus sind wir sicherlich gute, verantwortungsvolle Ansprechpartner für alle Menschen.

-**Macht** ist nicht unser Antrieb

Wir haben Ehrgeiz, ja. Wir wollen uns mit der politischen Arbeit so gut es geht einbringen. Über jeden Zuwachs an Mitgliedern oder Wählern freuen wir uns natürlich. Aber nicht, damit wir uns mächtiger oder wichtiger fühlen können, sondern weil wir dadurch unsere Ziele besser in die Breite tragen können.

-Wir sind **verlässlich**

Das ist der Vorteil von klaren Wertebekennnissen. Wir ändern unsere Basis nie, sondern setzen sie dazu ein, den ständig wechselnden Herausforderungen immer wieder mit den gleichen Werten zu begegnen. Variablen treffen auf eine Konstante! Und, als deutlichstes Bekenntnis nach unseren Werten:

-Politik als Dienst an der **Jugend**

Alles, was wir politisch entscheiden, hat Einfluss auf die nächsten Generationen. Klima, Wohnraum, Infrastruktur, Natur, Beschäftigung, Familien. Wir möchten die Partei für die Jugend sein. Eine Partei, die über Legislaturperioden hinweg denkt. Mit voller Überzeugung.

Grundsätzliche Ausrichtung

Unsere Gesellschaft unterliegt ständigen Herausforderungen. Die Flüchtlingskrise oder auch die Corona-Pandemie sind Beispiele. Aber auch viele andere, kleinere Dinge stellen unsere Mitbürger immer wieder vor teilweise schwierige Herausforderungen. Mit unseren Schwerpunkten wollen wir dafür sorgen, dass dringend benötigte Anpassungen innerhalb unserer Gesellschaft gelingen. Und dabei möglichst keinen benachteiligen. Auf uns kann man zählen. Für was wir heute stehen, hat auch Morgen noch Bestand.



1. Jugend – die nächsten Generationen

Bildung – ein elementarer Baustein unserer Gesellschaft. Wir müssen uns darum kümmern, dass die nachfolgenden Generationen alle Möglichkeiten erhalten, sich mit den Herausforderungen unserer Gesellschaft vertraut zu machen. Sich vorzubereiten auf das Berufsleben. Zu lernen, wie wir uns verhalten und leben müssen, um unser Klima und die Natur zu schützen.

Unser Ziel: Wir wollen dazu beitragen, dass sich Jugendliche mehr für Politik interessieren. Wir werden sie mehr mit einbinden. Informieren. Mitgestalten lassen. Wir wollen ihre Meinungen hören, wir wollen gemeinsam diskutieren, wir wollen kreative Foren etablieren, auch in unserer Partei, über die Jugendliche bei Parteifunktionären und Kommunalverwaltungen ihre Anliegen vortragen können. Wir sind offen dafür, die nächste Generation für die Kommunalpolitik vorzubereiten. Die Älteren von uns geben die Erfahrungen gerne weiter - und räumen auch die operativen Posten für diejenigen Nachwuchskräfte, die sich bereit fühlen.

2. Familien – das Fundament unserer Gesellschaft

Wir müssen Familien besonders schützen und auch fördern. Wir sind der Auffassung, dass nur aus einer intakten Familie heraus eine gesunde Gesellschaft entstehen kann. Kinder mit einer guten Erziehung und Bildung sind die Grundlage und Zukunft unserer Gesellschaft.

Familien brauchen ausreichend finanzielle Unterstützung, denn Kindererziehung ist eine teure, anspruchsvolle und zeitraubende Arbeit, die engagierte Eltern häufig davon abhält, ihren Beruf weiter auszuüben. Es ist wichtig, den Familien in dieser Zeit bestmöglich zur Seite zu stehen.

Zudem droht Eltern, die ihre Zeit in die Erziehung der Kinder sowie deren Zukunft investieren, häufig die Altersarmut, da ihre finanziellen Einbußen während der Erziehungszeit nicht ausgeglichen werden.

Kinder sind wichtig für unsere Gesellschaft, da unser Rentensystem auf einem Umlagesystem beruht. Das bedeutet, wir brauchen auch zukünftig ausreichend Menschen mit Verdienst, um die Rente für die Ruheständler finanzieren zu können.

Unser Ziel: Der Staat, die Länder und Kommunen bezuschussen zwar öffentliche Einrichtungen wie die Ganztagsbetreuung für Kinder, jedoch kaum die Erziehungsleistung, die im Elternhaus erbracht wird. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf. Mütter oder Väter, die zuhause bleiben um die Kinder zu betreuen, müssen mindestens genauso honoriert werden. Und zudem für die Zeit der Erziehungsleistung Rentenansprüche geltend machen können.

3. Der Kreis Lippe – Anfang und Zukunft

Überzeugte Christen haben 2013 unsere Partei in Lippe gegründet, um sich dafür einzusetzen, dass es Menschen, die benachteiligt werden, zukünftig besser geht. Ohne größere finanzielle Zuwendungen von Sponsoren oder Bund und Land wurden die ersten Mandate errungen. Weil man die Gründer als Menschen sah, denen man vertrauen konnte.

Heute haben wir nicht nur mehr Mandate, sondern erstmals auch Sitze im Kreistag Lippe. Und die derzeitigen Mandatsträger nehmen immer vielfältigere Aufgaben wahr. Unsere Gesellschaft verändert sich. Das Klima verändert sich. Alles wird schneller, größer, anspruchsvoller. Und bei all dem wollen wir mit dem Vertrauen unserer Wähler weiter verantwortungsbewusst umgehen.

Unser Ziel: Wir verschließen uns den notwendigen Änderungen unserer Zeit an Mensch und Natur nicht. Aber wir wollen die Bürger Lippes dabei mitnehmen und keinen zurücklassen. Dafür setzen wir uns ein. Politik im Dienst für die Menschen. Ohne Ideologie, ohne Zwang, aber mit der Bereitschaft, da zu sein wenn wir gebraucht werden.

4. Arbeit - Wirtschaft bildet die Grundlage für Perspektiven

Das Recht auf Arbeit für alle

Zunächst ist jeder erwachsene Mensch, der dazu in der Lage ist, aufgefordert, selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft ist zuerst die Eigenverantwortung.

Es sollte jedem arbeitsfähigen Menschen ermöglicht werden, einer sinngebenden Tätigkeit unter Beachtung der Menschenwürde nachzugehen. Es ist die Pflicht einer verantwortungsvollen Politik, Arbeitsplätze zu schaffen. Und zwar auch für Menschen mit Handicap.

Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen

Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Arbeitnehmer sind zuallererst als Menschen anzusehen und zu behandeln und nicht als „Funktionseinheit“. Die Finanz- und Wirtschaftswelt muss sich von der Gewinnmaximierung zur Nutzenmaximierung orientieren. Menschen in ihren Berufen sind wichtig und wertvoll. Dementsprechend muss man sie behandeln. Einige Unternehmen tun das bereits und betrachten ihre Mitarbeiter als elementares „Humankapital“.

Mittelständische Betriebe und Konzerne

Dem Grundgesetz (Artikel 14, Absatz 2) gemäß verpflichtet Eigentum zur Übernahme von Verantwortung im Sinne der Allgemeinheit. Regionale Wirtschaftskreisläufe sowie kleine und mittelständische Betriebe müssen mehr gefördert werden. Mega-Konzernen, die über mehr finanzielle Mittel verfügen als ganze Staaten, geht es oft um börsenorientierte Gewinnmaximierung und nicht um das Wohl ihrer Mitarbeiter und / oder der Gesellschaft. Es ist daher dringend nötig, zumindest eine Steuergesetzgebung einzurichten, die große Unternehmen verpflichtet, in Deutschland adäquat Steuern zu bezahlen.

Unser besonderes Ziel: Für Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Qualifikation oder ihrer Gesundheit keine Chance haben im üblichen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, müssen andere geeignete Arbeitsplätze oder Beschäftigungsbereiche geschaffen werden. Damit diese Menschen nicht ausgegrenzt werden, sondern ebenfalls einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen können. Und wer fleißig ist, soll auch belohnt werden.

Start-Ups

Es muss eine Infrastruktur konzertierter Fördermechanismen geben, um gute Ideen und Firmengründer zu unterstützen. In der Realität scheitern Vorhaben oft, weil unüberwindbare Hürden in die Förderanträge eingebaut sind.

Oder ein Eigenkapitalanteil gefordert wird, den die Gründer schlicht nicht haben.

Unser Ziel: Wir regen an, dass die regionalen Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie die Handwerkskammern (HWK) zusammen mit Unternehmern / Unternehmen Wirtschaftsbeiräte gründen, die bei der Konzepterstellung helfen und die Vorhaben

praktisch bewerten. Gibt es hier ein positives Signal, soll die NRW Bürgerschaftsbank oder auch die KfW, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Investorenpool, ohne große Administration und Anforderung benötigte Mittel bereitstellen.

Auch sollten für Start-Ups zentral in den Städten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen die Gründer starten und sich präsentieren können. Dies ist überall dort gut möglich, wo der Einzelhandel auf dem Rückzug ist und Leerstände zu verzeichnen sind.

Wenn die Stadt beispielsweise für leerstehende Geschäfte Anreize für Start-Ups anbietet, haben es die Gründer leichter, ihre Ideen in Ruhe zu entwickeln und werden gleichzeitig in die vorhandene Infrastruktur eingebunden.

5. Soziales und Ehrenamt - Gerechtigkeit und Gemeinsamkeit

Begrenzung von Leiharbeit und Minijobs

Leiharbeit, Minijobs und Praktika sind übliche Mittel der Arbeitgeber, um Lohnkosten zu senken und Arbeitskräfte flexibel einsetzen zu können. Diese Maßnahmen müssen jedoch Grenzen haben.



Unser Ziel: Wir setzen uns dafür ein, dass es zeitbegrenzte Regelungen gibt, die nur dazu dienen dürfen, arbeitslose Menschen in den Arbeitsprozess einzugliedern. Leiharbeit muss strenger reglementiert werden und sollte nur in nachvollziehbaren Ausnahmesituationen zugelassen sein. Das gleiche gilt für Minijobs. Praktika dürfen nur zugelassen / vom Staat gefördert werden, wenn der Bewerber tatsächlich über keine Vorerfahrung verfügt.

Sichere Renten

Unser Rentensystem muss dringend reformiert werden, damit Rente auch in Zukunft gesichert werden kann.

Unser Ziel: Selbständige (nach Etablierung) und Beamte sollten ebenfalls ins Rentensystem einzahlen. Wir brauchen ein Solidarsystem, welches der Altersarmut entgegenwirkt. Aufgrund der Tatsache, dass immer weniger junge Menschen für immer mehr Ältere Rentenbeiträge zahlen müssen, unterstützen wir Bemühungen, sukzessive einen verpflichtenden Anteil an privater Vorsorge aufzubauen - bei gleichzeitigem Abbau der gesetzlichen Rentenbeiträge.



Bezahlbarer Wohnraum

Wir sehen klare Chancen für unsere Region, dass das Abwandern von qualifizierten Arbeitskräften gestoppt werden kann. Umso wichtiger ist es, angemessenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu schaffen. Das erfordert weitere Investitionen in den (sozialen) Wohnungsbau, der mit steuerlichen Mitteln gefördert werden muss.

Unser Ziel: Wir glauben, dass es möglich ist, ein Modell zu schaffen, wo Kommunen und lokale Arbeitgeber leerstehende oder verfallene Häuser gemeinsam erwerben, sanieren und dann zu angemessenen Mietpreisen den Arbeitern und Angestellten in den Kommunen zur Verfügung stellen. Zusammen mit einer vielfältigen Infrastruktur erhöht dies die Attraktivität der Region sowohl für Wirtschaftsbetriebe, als auch für Arbeitssuchende.

6. Leben und Gesundheit - Pflichten des Sozialstaates

Leben ist wertvoll

Unsere Partei steht für einen respektvollen Umgang mit dem Leben.

Dies gilt für das ungeborene Leben, unsere Senioren und genauso für Menschen, die sich auf dem „letzten Weg“ befinden.

Ungeborenes Leben: ungeborene Babys brauchen eine (politische) Stimme. Und die wollen wir ihnen gerne geben. Auch wenn sonst keiner darauf aufmerksam macht, dass abertausende von kleinen Menschen mit Herzschlag auch einen Wert haben, dann wollen wir das tun. Wer Babys ohne strafrechtlich relevante Umstände zeugt, trägt auch Verantwortung für dieses neu entstehende Leben.

Unser Ziel: Beratung für werdende Mütter ist unabdingbar. Auch finanzielle Unterstützung muss angeboten werden, wenn die schwangeren Frauen bereit sind, das Kind auszutragen und zur Adoption freizugeben. Die Abtreibung darf nur das allerletzte Mittel sein, nachdem alle anderen Möglichkeiten gescheitert sind. Und, natürlich muss der §218 erhalten bleiben. Wenn das Wohl und Wehe der werdenden Mütter gefährdet sind, dann gibt es gesetzlich auch ausreichend Schutz.



AdobeStock_338836314

Senioren: Immer mehr ältere Menschen leben am Existenzminimum. Die Rente reicht für viele einfach nicht aus. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Auch - aber nicht nur - dadurch bedingt können diese Menschen immer weniger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Viele vereinsamen.

Unser Ziel: Bundespolitisch betrachtet plädieren wir für eine angemessene Grundrente, mit der jeder ältere Mensch gut klarkommt. Je nach Dauer der Einzahlung in unser Rentensystem kann es dann Aufschläge geben. Auf regionaler Ebene fordern wir die kommunalen Verwaltungen auf, betroffene Senioren gezielt zu unterstützen. Dies kann in Verbindung mit Ehrenamtlichen und Organisationen geschehen. Wer am Existenzminimum lebt, soll beispielsweise Gutscheine bekommen, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Hier kann man eng mit den Veranstaltern zusammenarbeiten. Zudem sollen Shuttle überall da zur Verfügung gestellt werden, wo die Buslinien in zu weiter Entfernung verkehren. Und es ist sehr wichtig, dass alleinlebende Menschen regelmäßig besucht werden.

Aktive Sterbehilfe wird von unserer Partei abgelehnt.

Unser Ziel: An der Hand - und nicht durch die Hand - eines anderen soll der Mensch sterben dürfen. Das setzt aber zwingend voraus, dass die Palliativmedizin weiter ausgebaut wird. Kein Mensch soll leiden müssen. Kein Mensch soll auf seinem letzten Weg allein bleiben müssen. Hospize sind gute, sinnvolle Einrichtungen und verdienen weitere Unterstützung. Ebenso muss eine trostspendende (seelsorgerische) Sterbebegleitung in Krankenhäusern und Heimen durch Kommunen / Land und Bund organisiert werden.

Gesundheit

Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein. Alle Menschen, unabhängig von ihrem Gehalt, müssen die gleichen Möglichkeiten für eine optimale Versorgung bekommen.

Unser Ziel: Die Ungerechtigkeiten bei Terminvergaben und Behandlungsmethoden müssen aufhören. Das geht nur, wenn es keinen Unterschied mehr gibt zwischen privater und gesetzlicher Versicherung. Beziehungsweise die Ärzte verpflichtet werden, keine Unterschiede zu machen. Und wenn es durch einen freiwilligen "Ehrenkodex" geschieht, solange keine gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden. Wir legen regelmäßige Kontrollen an, ob dies auch eingehalten wird. Das Angebot für bezahlbare Sonderleistungen (zum Beispiel Einzelzimmer) kann natürlich erhalten bleiben.

Pflege

Die steigende Lebenserwartung führt auch zu deutlich erhöhtem Pflegebedarf. Wenn Deutschland sich noch „Sozialstaat“ nennen will, dann müssen Pflegeberufe mehr gefördert werden. Umso mehr, als uns die offensichtlichen Mängel in der Corona-Krise schmerzlich bewusst wurden. Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen auch zuhause. Doch deren ausreichende Versorgung bleibt auf der Strecke.

Unser Ziel: Mehr Pflegekräfte, bessere Ausbildungsmöglichkeiten. Dies kann erfolgen durch Erhöhung der Attraktivität bei der Ausbildung, aber auch durch angemessene Gehälter in den Pflegeberufen. Soweit dies privatwirtschaftlich nur begrenzt umsetzbar ist, so ist der Staat dafür verantwortlich, zusätzliche Anreize zu schaffen. Zudem muss es klare Vorgaben geben, wie viele Patienten in der Betreuung maximal auf eine Pflegekraft zukommen dürfen. Pflegenden Angehörigen müssen finanziell besser unterstützt werden – und die Pflegezeit muss für die Rente angerechnet werden, als wären die sie in der Zeit einer Arbeit nachgegangen.



7. Energie und Klima - den Wandel mitgestalten

Lebenswerte Welt

Verantwortungsvoller Umgang mit der Welt, in der wir leben - AUFBRUCH C sieht es als eine der wesentlichen Aufgaben an dafür zu sorgen, dass unseren Nachkommen eine Umwelt hinterlassen wird, in der das Leben noch lebenswert ist. Die Natur muss bewahrt werden, die Artenvielfalt in der Tierwelt erhalten. Es ist essenziell wichtig, den offensichtlichen Klimawandel durch geeignete Maßnahmen zu stoppen. Wirtschaftliche Gründe dürfen kein Vorwand sein, Projekte zu genehmigen, die nachhaltig zu Lasten der Natur gehen. Aber man kann pragmatische Wege gehen.

Unser Ziel: In vielen Kommunen fehlt es an Gewerbegebieten. Diese sind wichtig für Arbeit und Infrastruktur, müssen also auch erschlossen werden. Allerdings sollten Auflagen hinsichtlich der ökologisch einwandfreien Umsetzung gemacht werden – und auch hinsichtlich der Abdeckung des Energiebedarfs der sich dort ansiedelnden Unternehmen. Ganz wichtig: endlich schnellere Genehmigungsverfahren durchsetzen. Auch Grünflächen und deren sinnige Bepflanzung sind in den Genehmigungsverfahren vorzugeben – und dauerhaft einzuhalten.

Naturschonende Energieerzeugung

Endliche Ressourcen wie Öl, Gas und Kohle sind nicht nachhaltig nutzbar, die Gewinnung wirkt zerstörerisch auf die Umwelt und daher sollen fossile Brennstoffe auch weiter sukzessive und endgültig durch regenerative Energien ersetzt werden. Dem Ausbau der Photovoltaik kommt eine entscheidende Rolle zu. Windkraftanlagen werden für einen guten regenerativen Energiemix ebenso benötigt, am besten allerdings auf ausgewiesenen Flächen, die weder die Menschen noch die Tierwelt besonders belasten. Die Schaffung von Monokulturen durch „Vermaisung“ sowie das sogenannte „Fracking“ ist weder wünschenswert noch naturschonend.



Unser Ziel: Ein dauerhafter, konstruktiver Dialog zwischen Bürgern und den Verwaltungen muss stattfinden, um eine breite Zustimmung für politisch notwendigen Entscheidungen zu erreichen. Für größere Projekte sollte zwingend eine mögliche Bürgerbeteiligung vorgesehen werden. Dies erhöht die Akzeptanz.

Zugang zu Trinkwasser

Die Gewinnung von Trinkwasser darf nicht privatisiert werden. Dies ist einer der bedeutendsten Aspekte für die Menschen in den nächsten Jahrzehnten. Wasser wird das Gold der Zukunft. Dieses Thema darf auf keinen Fall in die Hände der privaten Wirtschaft fallen.

8. Mobilität und Verkehr



Shutterstock_750610873

Vielfalt von Verkehrswegen

Verkehrswege sind die Lebensadern einer lebendigen, mobilen Gesellschaft und zudem in einem Industriestandort wie Deutschland lebenswichtig. Ihre Instandhaltung und ihr Ausbau ist daher unbedingt notwendig. Dies allerdings unter Berücksichtigung der Natur und den Bedürfnissen der Menschen, die dort leben.

Es ist zu überprüfen, an welchen Stellen es sinnvoller ist, die Schifffahrtsstraßen, Eisenbahnstrecken oder die Verkehrswege für LKW's und PKW's auszubauen. Die Möglichkeiten sind sehr vielfältig. Aufgrund der Umweltbelastung favorisiert AUFBRUCH C den öffentlichen Personennahverkehr. Umweltschonende Verkehrsmittel sind zu bezuschussen und / oder steuerlich zu entlasten. Der Individualverkehr darf nicht zu kurz kommen, Radwege sind auszubauen.

Unser Ziel: Elektromobilität und andere, zukünftige Technologien wie Brennzellenantriebe weisen den Weg in die Zukunft. Die Diskussionen um den Diesel haben aber verdeutlicht, dass der Staat seine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern ernst nehmen muss.

Während die Automobilwirtschaft und die Regierung über Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffe und Nachbesserungen bei den Fahrzeugen alleine verhandeln, bleiben Menschen, die sich kein modernes Auto leisten können, auf der Strecke. Fahrverbote zu Lasten einkommensschwacher Mitmenschen sind die Folge.

AUFBRUCH C fordert, dass für grundlegende Entscheidungen immer ein Komitee, bestehend aus (regierungs-) unabhängigen Sachverständigen und auch Bürgern gebildet und gehört werden muss, welches die Bedürfnisse von sozial schwächer gestellten Menschen mit in die zu treffenden Entscheidungen einbindet.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, stillgelegte Bahnstrecken wo möglich und sinnvoll wieder zu reaktivieren. Der Gütertransport muss vermehrt auf Schiene und Schiff verlagert werden, da diese Transportform aufgrund ihrer Nutzlasten und Mengen effektiver sowie umwelt- und ressourcenschonender ist.



AdobeStock_79241353

9. Steuern - ein Dickicht mit Schwächen

Die heutige Steuergesetzgebung ist weder für kleine- und mittelständische Betriebe noch für Privatleute nachvollziehbar. Selbst Finanzbeamte kennen nur einen Teil der Steuergesetze. Hier muss dringend ein neues, klares, nachvollziehbares und gerechtes System entwickelt werden. Vor allem aber benötigen wir Regulierungen und Formulierungen, die verständlich und möglichst einfach sind. Wir lehnen die Mehrfachbesteuerung auf Einnahmen, die bereits versteuert wurden, grundsätzlich ab. Insbesondere sollen Steuern auf Einnahmen aus Altersvorsorgeprogrammen, die aus bereits versteuertem Kapital angespart worden, nicht erhoben werden. Auch Erbschaftssteuern aus der Vererbung von kleinen Unternehmen bis maximal 50 Mitarbeitern sollen nicht entstehen, da die Gefahr von unbilligen Härten entstehen könnte, die den Fortbestand des Unternehmens und / oder die Aufrechterhaltung aller Arbeitsplätze gefährdet.

Unser Ziel: Steuergerechtigkeit. Aber wir sind uns natürlich bewusst, dass alle Maßnahmen auf Bundesebene entschieden werden. Haben wir eine Idee? Ja! Und da wir selbst wenig Möglichkeiten haben etwas zu ändern, brauchen wir Verbündete. Wir wollen daran arbeiten, dass unsere Vorschläge Gehör finden. Mehr ist derzeit nicht drin, weniger akzeptieren wir aber auch nicht.

10. Unser Staat - wie wir ihn sehen

Eine echte Demokratie lebt von der freien Meinungsäußerung

Diese ist die Grundlage für ein demokratisches Zusammenleben. Jedoch darf sie nicht dazu missbraucht werden, zu hetzen, zu beleidigen oder gar als Plattform für Aggressivität jedweder Art zu dienen. Unser Land hat in seiner Geschichte schlimme Erfahrungen mit solchen Auswüchsen gemacht.

Das darf nie mehr geschehen. Ein Hauptaugenmerk muss den digitalen Medien gewidmet werden, in denen es Beitragsschreibern oft zu einfach gemacht wird, beleidigende oder herabwürdigende Kommentare abzusetzen. Der Gesetzgeber muss darauf achten, dass die Anbieter adäquate Maßnahmen ergreifen, solche Auswüchse zu verhindern.

Ein sicherer und stabiler Staat

Wir lehnen jedwede Störung der demokratischen Form ab. Dazu gehört insbesondere der politische Extremismus von links sowie auch von rechts! Ebenso wird jede Form von religiösem Extremismus abgelehnt. Staat und Religion sind in einem säkularen Staat wie der Bundesrepublik getrennt. Gut so. Die Errichtung eines Gottesstaates, in welcher Form auch immer, in dem eine Religion rechtlich höher steht als das Grundgesetz, lehnen wir ab.

Unser Ziel: Ein souveräner Staat muss in der Lage sein, seine Bürger zu schützen. Dafür ist ausreichend Personal bereit zu stellen, welches die öffentliche Sicherheit garantiert. Die Bundeswehr ist dafür ungeeignet. Einsätze der Armee dürfen nur in humanitärer Mission erfolgen und dann auch nur in Ausnahmesituationen. Die Überwachung der öffentlichen Sicherheit obliegt allein der Polizei. Hier bedarf es einerseits der Aufstockung von Arbeitsplätzen, zudem müssen Polizisten, Ordnungskräfte wie auch Rettungsdienst und Feuerwehr dringend besser vor Übergriffen, verbal wie körperlich, geschützt werden. Dazu ist es auch nötig, die Strafverfolgung und die Höhe der Bestrafung für Übergriffe drastisch zu erhöhen. Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, ist unbedingt der angemessene Respekt entgegenzubringen.

11. Technologie und Forschung - Zukunft durch Bildung



Bildung - und Entwicklung neuer Technologien

Eine unsere größten Ressourcen ist die Entwicklung neuer Technologien, da in der Bundesrepublik Deutschland Rohstoffe kaum vorhanden sind. Um den Fortbestand und die Weiterentwicklung dieser Ressource zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass unsere Kinder und Heranwachsenden eine umfassende, zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung erhalten.

Gleichzeitig muss der Staat dafür Sorge tragen, dass Menschen mit weniger (Aus-)Bildung auch in einer Weise gefördert werden, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können und einen festen Platz in der Gesellschaft finden.

Denn Berufe unterliegen einem ständigen Wandel in ihren Anforderungen an den Arbeitnehmer. Damit die Arbeitsplatzchance des Arbeitnehmers auch zukünftig erhalten bleibt und er diese Anforderungen bewältigen kann, muss der Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, regelmäßige (Weiter-) Bildungsangebote zu ermöglichen.

Schulunterricht muss frei von Ideologien und transparent sein. Da jeder Mensch unterschiedlich begabt ist und es unterschiedliche Arten des Lernens gibt, steht AUFBRUCH C für eine durchlässige und flexible Bildungspolitik.

Zudem sollen politische Themen nicht dazu führen, dass Schüler statt zur Schule zu Demonstrationen gehen. Insbesondere haben es Parteien zu unterlassen, Schüler hierzu aufzurufen, letztlich zu instrumentalisieren oder das Fernbleiben von der Schule aus politischen Gründen gut zu heißen. Die Jugend soll und muss aber gehört werden, weswegen wir die Idee der Jugendparlamente in beratender Funktion für die Kommunalpolitik unterstützen.

III. Wer wir sind - wofür wir stehen (ausführlich)

Unsere Partei macht Politik auf Basis von stabilen, auf den Menschen ausgerichteten Werten. Das „C“ in unserem Parteinamen steht für christliche Werte. Unsere Politik soll gekennzeichnet sein durch Ausgewogenheit und Verlässlichkeit. Das haben viele andere politischen Akteure heutzutage aufgegeben. Wir aber wollen nicht beliebig sein in den Dingen, für die wir einstehen, sondern vor allem ein vertrauenswürdiger Ansprechpartner.

Wir setzen uns mit großer Überzeugung dafür ein, weil jeder von uns es so sieht, dass es genau diese Werte heute mehr denn je braucht. Die Menschen suchen nach Verbindlichkeit und Transparenz. Sie wollen verstanden werden. Sie suchen nach Halt und Orientierung in einer Zeit der großen Herausforderungen. Die Folgen des Klimawandels, ideologische Angriffe auf die Solidargemeinschaft, Fake News - und auch dadurch eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft - prägen die heutige Zeit. Ganz zu schweigen davon, dass viele Menschen sich durch Ungerechtigkeiten im sozialen Gefüge abgehängt fühlen. An diesen Stellen setzt AUFBRUCH C an.

Wir wollen für alle Menschen da sein und bringen uns ein, wo immer es nötig ist. Wir respektieren Menschen, so wie sie sind, auch wenn sie anders denken, glauben oder fühlen. Wichtig ist für uns insbesondere, eine Gesellschaft zu fördern, in der sich jeder bestmöglich verwirklichen kann – aber gleichzeitig auch die Grenzen zu seinem Nächsten respektiert.

Unsere christlich-abendländische Kultur zu erhalten ist ein erstrebenswertes Ziel, wie wir finden. Sie bietet Trost, Halt und Unterstützung, solange sie sich auf das besinnt, was ihre positive Bestimmung sein sollte - und sich niemand daraus radikale Positionen zurechtbastelt. Wenn man sich daran orientiert, dann geht es insbesondere um Nächstenliebe, Barmherzigkeit und (soziale) Gerechtigkeit.

Die Unterstützung von Familien ist uns sehr wichtig. Dass Menschen ausreichend Bildung in Anspruch nehmen können, dass sie einen Arbeitsplatz finden. Dies alles im Zusammenhang mit der Achtung der Menschenwürde. Dies gilt für jeden Menschen in unserem Land.

Uns geht um Respekt, das ist wie wir finden, bedeutsamer als Toleranz. Es ist immer mehr in Mode gekommen, dass Minderheiten für sich in Anspruch nehmen, Mehrheiten unter dem Deckmantel der Toleranz dahingehend zu bedrängen, sich den Wünschen und teilweise übergreifenden Ideologien zu beugen und Eingriffe in ihr eigenes Leben hinzunehmen. Toleranz hat aber Grenzen. Wer sich mit Respekt begegnet, wer anderen zuhört und sich Argumenten nicht verschließt, der wird immer akzeptable Kompromisse finden. Und damit eine funktionierende Gesellschaft und Solidargemeinschaft fördern.



Aufbruch C Lippe



www.aufbruch-c.de

AUFBRUCH 

The logo for 'Aufbruch C' features the word 'AUFBRUCH' in a bold, black, sans-serif font. To its right is a blue circular icon containing a white stylized 'C' shape with a small white triangle pointing upwards from the center of the 'C'.